

Aussprache

Altstalinistische Faschismusthese

(Zu dem Beitrag von Ralf Ptak und Fabian Virchow in Heft 6/2001, S. 366-375)

Nach der Lektüre des Artikels von Ralf Ptak und Fabian Virchow reibt man sich verwundert die Augen: Der „Neoliberalismus“ wird als Verschwörungstheorie bezeichnet, die von der extremen Rechten instrumentalisiert wird. Wie schon in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts wachse die extreme Rechte mit dem „neoliberalen Zeitalter“ und zugleich gegen den Liberalismus. Für die Autoren gilt der Neoliberalismus aber auch als Erklärung für die überdurchschnittlichen Sympathiebekundungen von Gewerkschaftsmitgliedern zur rechtsextremen Programmatik. Diese Entwicklung sei für die Gewerkschaften besonders schmerzlich, weil sie vom Nationalsozialismus verfolgt wurden und nach 1945 ein Bekenntnis zum „Antifaschismus“ abgelegt hätten. Der DGB wird so in eine Opferrolle gedrängt, die heute, 56 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, unangemessen ist. Zudem ist diese Behauptung ebenso unsinnig wie die These, dem „neoliberalen Paradigma“ sei mit dem Ende der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ zur Dominanz verholfen worden.

Es sei den Autoren unbenommen, ihre ideologischen Präferenzen darzulegen, aber der Versuch, dem DGB ein Bekenntnis zur Partei- und Staatsdoktrin der SED und der DDR unterzujubeln, ist denn doch ein starkes Stück. Wenn der Begriff „Neoliberalismus“ durch den herkömmlichen Begriff „Kapitalismus“ ersetzt wird, kommt deutlich die altstalinistische Faschismusthese zum Vorschein, nach der der Kapitalismus eine Verschwörung zur Durchsetzung des Faschismus sei.

Seltsamerweise stellen die Autoren selber fest, dass ihre Theorie vom Neoliberalismus eine Ver-

schwörungstheorie ist, wenn sie von der extremen Rechten in Anlehnung an den Nationalsozialismus instrumentalisiert wird. Hier zeigt sich das ganze Elend dieser totalitären „Theorie“, deren Wahrheits- oder Verschwörungsscharakter von der Weltanschauung des jeweiligen Manipulateure abhängig ist. Die Autoren belegen die wundersame Wandlungsfähigkeit ihrer Verschwörungstheorie damit, dass der Nationalsozialismus niemals die Prämissen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung außer Kraft gesetzt hätte. Nun müsste Ptak, der laut Kurzbiografie vornehmlich als Fachreferent bei VW in Braunschweig tätig ist, wissen, dass gerade VW und die benachbarte Salzgitter AG, die ehemaligen Hermann-Göring-Werke, entgegen allen kapitalistischen Prämissen gegründet wurden. Die Zwangsvereinigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der DAF, das Erstellen von Mehrjahresplänen unter Einschränkung der Unternehmerfreiheit, der Einsatz von Zwangs- und Sklavenarbeitern, Autarkie und Großraumwirtschaftspolitik, Devisenverkehrskontrollen und Kompensationshandel entsprechen nun wahrhaftig nicht kapitalistischen Prämissen. Alle diese Maßnahmen, die z.T. auch in der von den Autoren glorifizierten „sozialistischen Staatengemeinschaft“ wirksam waren, legen nahe, dass es mehr Gemeinsamkeiten zwischen dem Antiliberalismus und Antiindividualismus der Nationalsozialisten und jenem der Autoren selbst gibt, als diese sich zu träumen wagen.

Mit dem Argument, dass die Nazis nicht wirklich antikapitalistisch gewesen seien, lassen sich auch der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften trefflich der Kollaboration bezich-

tigen und kritisieren. Ptak und Virchow nutzen diese Gelegenheit weidlich. Den Gewerkschaften wird Standortnationalismus und Nachgiebigkeit gegen vermeintliche Sachzwänge vorgeworfen. Diese Situation ist aber nicht durch einen „globalisierten Markt“, sondern durch monopolistischen oder oligopolistischen Wettbewerb, z.B. in der Automobilindustrie, entstanden. Die gegenwärtige Lage auf dem Weltmarkt und im Welthandel entspricht also keineswegs den idealtypischen Vorstellungen, die liberale Wirtschaftstheoretiker angeblich durchgesetzt haben sollen.

Richtig stalinistisch werden die Autoren aber erst mit der „antifaschistischen“ Strategie, die übrigens auch Sven Papcke im gleichen Heft den Gewerkschaften empfiehlt. Ungeachtet der Tatsache, dass die SED mit ihrer antifaschistischen Partei- und Staatsdoktrin von Anfang an unglaubwürdig war und mit ihrem „antifaschistischen Schutzwall“ letztendlich gescheitert ist, soll gewerkschaftliche Bildung auf diese Doktrin verpflichtet werden. Aggressive und terroristische Xenophobie ist das Ergebnis der „antifaschistischen“ Erziehung in Ostdeutschland, wo die dortigen „Fremdarbeiter“ nicht integriert, sondern positiv diskriminiert, d.h. gesondert behandelt wurden. Papcke ebenso wie Ptak und Virchow stellen sich ihren „Antifaschismus“ als

Erziehungsziel und die Gewerkschaften als Anstalt vor, die den neuen Menschen erziehen soll.

Ich kenne die armseligen gewerkschaftlichen Bildungsreferenten, die den „ungebildeten“ Gewerkschaftsmitgliedern erklären wollen, dass sie durch eine Verschwörungstheorie manipuliert sind, während er, der Referent, sie jetzt über alle manipulativen Zusammenhänge aufklären wird. Der Erfolg derartiger Bildungsoffensiven liegt auf der Hand: Immer mehr Gewerkschaftsmitglieder machen keinen Unterschied mehr zwischen linker und rechter Verschwörungstheorie und Kapitalismuskritik.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben schwerwiegendere Probleme als den Rechtsextremismus: gravierende Mitgliederverluste mit negativen Auswirkungen auf die Tarifautonomie im Allgemeinen und auf die Tarifpolitik im Besonderen. Hinzu kommt der grassierende Betriebssyndikalismus, der bestehende Tarifverträge und gewerkschaftliche Machtpositionen durchlöchert. Mit Kapitalismuskritik und Bewusstseinsbildung ist diesen Problemen kaum beizukommen. Eine Problemlösungsstrategie ist nicht zu erkennen und durch die offensichtlich mangelnde Problemlösungskompetenz setzen sich die Mitgliederverluste fort.

*Otto Sundt,
Wolfsburg*